

Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Sozialwissenschaften

Hauptseminar „Demokratieförderung“

WS 2005/2006

5. Sitzung: Demokratieförderung in multidimensionalen Friedensoperationen

Prof. Dr. Wolfgang Merkel
Sonja Grimm, M.A.

Veranstaltungshinweis

Demokratieförderung und die Rolle der politischen Stiftungen in der Internationalen Zusammenarbeit

Diskussionsveranstaltung mit Dr. Heinrich Sassenfeld, Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Serbien-Montenegro/Kosovo

Dienstag, 29.11.2005 in den Räumen der GTZ Berlin, Details und Anmeldung unter

<http://www.fize.de/veranstaltungen.sassenfeld.htm>



„Peacekeeping is a complex undertaking.“
(Jean-Marie Guéhenno 2002: 67)

Leitfragen

1. In welchem Zusammenhang stehen Frieden und Demokratie (Frieden durch Demokratie - Demokratie durch Frieden)?
2. Welchen Beitrag leistet Demokratieförderung bei der Friedensbildung und Friedenskonsolidierung?
3. Mit welchen besonderen Bedingungen haben externe Demokratieförderer in Nachkriegsgesellschaften zu kämpfen?

Peacemaking

- Richtet sich auf andauernde Konflikte
- Versucht, diese *Konflikte zu einem Ende zu bringen*
- Verwendet dazu Mittel der *Diplomatie* und der *Mediation*
- Peacemaker sind Regierungsgesandte, Gruppen von Staaten, regionale Organisationen, Vereinte Nationen oder auch Vertreter von NGOs
- Kann auch die Arbeit prominenter Persönlichkeiten sein
(Quelle: Brahimi-Report, Abs. 11)

Beispiele: Mozambique

Peacekeeping

- Seit den 1950er Jahren verwendeter Begriff.
- Bezeichnet ursprünglich die militärisch unterstützte Überwachung von Waffenstillstandsabkommen oder Truppenrückzug *nach zwischenstaatlichen Kriegen* (UN Blauhelme).
- Neuerdings auch das komplexe Zusammenspiel von militärischem und zivilen Personal zum Aufbau eines Friedens *nach Bürgerkrieg* .
- Mit Zustimmung der beteiligten Konfliktparteien.

(Quelle: Brahimi-Report Abs. 12)

Beispiel: United Nations Peacekeeping Force in Cyprus

Peace-building I

- Mitte der 1990er Jahre geprägter Begriff.
- Dient zur Beschreibung eines umfassenden Sets an Maßnahmen zur Errichtung eines dauerhaften positiven Friedens.
- Laut Brahimi-Report gehört darunter unter anderem:
 - Demobilisierung und Zivilisierung von Kombattanten,
 - Stärkung von Rechtsstaatlichkeit (rule of law): Training örtlicher Polizeiangehöriger, rechtliche und strafrechtliche Reform,
 - Verbesserung des Menschenrechtsschutzes durch Monitoring von Bildung,
 - Vergangenheitsaufarbeitung,
 - technische Unterstützung für demokratische Entwicklung (Wahlunterstützung, Unterstützung der Ausbildung freier Medien),
 - Unterstützung der Lösung des Konflikts und Versöhnungstechniken.

(Quelle: Brahimi-Report Abs. 13)

Peace-building II

- Theoretisch setzt Peace-building die Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen bereits voraus.
- Mission ist ausgerichtet auf den Schutz von Zivilisten.
- Gewaltanwendung nur erlaubt zur Selbstverteidigung der eingesetzten internationalen Militär- und Polizeitruppen.
- Als laufende „political and peace-building mission“ gelten z.B. : UNAMA (Afghanistan), UNAMI (Irak), UNOTIL (Ost-Timor).

Peace-enforcement

- Ab Mitte der 1990er Jahre angesichts der dramatischen Fehlschläge militärischer Friedenssicherung in Somalia, Ruanda, Bosnien, Angola in die Debatte eingebrachter Begriff.
- Meint Operationen mit Mandat für multinationale Truppen zum Einsatz militärischer Gewalt, um auf Ausbruch von Gewalt zu reagieren.
- Ausgestattet mit einem robustem Mandat unter Kapitel VII, alle „notwendigen“ Maßnahmen zur Sicherung des Weltfriedens einsetzen zu dürfen.

(Quelle: High-level Panel Bericht 2004, Abs. 212)

Textpräsentation

- **Sisk, Timothy D. (2003):** Democratization and Peace Building. Perils and Promises. In: Crocker, Chester/Hampson, Fen Osler (Hrsg.): Tubulent Peace. The Challenges of Managing International Conflict. Washington DC, U.S. Institute of Peace Press: 785-800.
- **Guéhenno, Jean-Marie (2002):** On the Challenges and Achievements of Reforming UN Peace Operations. In: Newman, Edward und Albrecht Schnabel, Eds. (2002). Recovering from Civil Conflict. Reconciliation, Peace and Development, London, Frank Cass: 69- 80.

Warum nach Bürgerkrieg gleich Demokratie?

Pro

- Einzige legitime Option zur friedlichen Konfliktbewältigung
- Alternativen wie Einparteiendominanz, internationale Treuhänderschaft, militärisch-autokratische Herrschaft sind langfristig nicht tragbar (finanziell, legitimatorisch)

Contra

- Zeitaufwendiges Entscheidungsverfahren. Ungünstig, wenn rasch Entscheidungen getroffen werden müssen (Nothilfesituationen)
- Prozess der Demokratisierung produziert selbst Unsicherheit und Instabilität
- Demokratie ist anspruchsvolles Design: Akteure überfordert
- Demokratie bedarf eines klugen institutionellen Designs: Akteure übersehen demokratieabträgliche Folgen, wenn sie unter Zeitdruck langfristig wirksame Entscheidungen über Institutionen treffen müssen
- Moderate Kräfte, die Demokratie tragen könnten, fehlen
- Gute Beispiele/ eigene Erfahrungen mit Demokratie fehlen
- Frühe Demokratisierung verfestigt ethnische Spaltung

Zwei Ausgangsvermutungen

1. Trotz aller Schwierigkeiten, die mit dem Demokratisierungsprozess verbunden sind, ist die Demokratisierung des politischen Systems ein zentraler Bestandteil zur Garantie eines dauerhaften, nachhaltigen Friedens zwischen ehemaligen Konfliktparteien.
2. Frieden ist eine notwendige Voraussetzung für Demokratie.

Besondere Bedingungen nach (Bürger-)Krieg: ungeklärte Fragen

- **Status des Territoriums** (Optionen: status quo, status quo ante, Teilung, Autonomie)
- **Multieethnizität** (Problem für die Ausgestaltung des neuen politischen Systems: Wer hat wann was zu sagen, ohne dass eine anderen Parteien übervorteilt wird? Minderheitenschutz? Institutionendesign?)
- **Akzeptanz der neuen (demokratischen) Regeln** (Wille der Parteien, sich an die neuen Regeln zu halten? Fähigkeit, die Folgen der neuen Regeln zu überschauen? Wollen den Krieg nicht in Wahlen nachträglich verlieren! Vertrauensverlust! Fehlen moderater Eliten!)
- **Kriegsökonomie** (Wie Wirtschaft ankurbeln angesichts zerstörter Infrastruktur, auf Kriegsgüter ausgerichtete Produktion, kriegsbedingte Schattenwirtschaft?)

Wie lassen sich Friedensverhandlungen von außen unterstützend fördern?

- Sicherheit für alle effektiv garantieren (internationaler Militär-/Polizeieinsatz)
- Ziele der Verhandlungen (z.B. Status, Souveränität, Demokratie, Gewaltenteilung) frühzeitig und eindeutig festlegen
- Glaubwürdige, unparteiische Vermittlung; Einsatz von Anreizen und Sanktionen mit der Bereitschaft/Fähigkeit, bei Missachtung Sanktionen wirksam werden zu lassen
- Mitgliedschaft in internationalen Organisationen anbieten (so früh?)
- Verschiedene Verhandlungsarenen zeitgleich anbieten (überfordert?)
- Nicht nur nationale, sondern auch lokale Akteure in Friedensverhandlungen einbeziehen („Subsidiarität“?)
- Zahl der Mediatoren und der Verhandlungspartner der Situation angemessen begrenzen (wie?)
- Verhandlungsmodalitäten der Situation anpassen: Geheimverhandlungen mit überraschendem Ergebnis vs. transparenter partizipativer Prozess (nach welchen Kriterien abwägen?)
- Internationale Verwaltung als (Übergangs-)Option während der Verhandlungen?

Wie lässt sich Friedenskonsolidierung von außen unterstützend fördern?

- **Sicherheitspolitische Dimension:** Programm zur Demobilisierung, Entwaffnung und Re-Integration von Kämpfern; Reform des Sicherheitssektors (Aufbau von Polizei und Justiz)
- **Politische Dimension:** Aufbau einer zivilen Verwaltung und politischer Institutionen, Durchführung von Wahlen, Verabschiedung einer Verfassung
- **Sozio-ökonomische Dimension:** Maßnahmen zum Wiederaufbau der Infrastruktur, Belebung der Wirtschaft, Aufbau des Gesundheits- und Bildungssystems
- **Psycho-soziale Dimension:** Projekt zur Versöhnung, Betreuung von Kriegsopfern und Flüchtlingen, Aufarbeitung der Regimevergangenheit und der Konfliktursachen

Fazit

- Demokratieförderung findet in UN geführten multidimensionalen Friedensoperationen nur sehr indirekt statt.
- Bisher stehen vor allem sicherheitspolitische Aspekte im Vordergrund.
- Die Etablierung einer liberalen marktwirtschaftlichen Demokratie fungiert oftmals als implizites Ziel.

Nächste Sitzung

- Verbindliche Anmeldung für prüfungsrelevante Leistung im Seminar (Master)
- Vortragende der Textrekonstruktion
- Thesenpapiere bis Montag, 12 Uhr an:
grimm@wz-berlin.de und feuerhahn@wz-berlin.de
- Informationen zum Seminar unter:
<http://www2.rz.hu-berlin.de/demokratieforschung/>